

„Keine Politik gegen Autofahrer“

Grüne wehren sich gegen Vorwürfe

VON BERND SCHNEIDER

Bremen. Die Grünen als autofeindliche Verkehrspolitiker? Diesen Vorwurf will sich die Fraktion nicht gefallen lassen. „Wir machen keine Politik gegen Autofahrer“, betonte Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner. „Wir sorgen dafür, dass auch die berechtigten Interessen von Fußgängern, Radfahrern und lärmgeplagten Anwohnern gewahrt bleiben.“ Güldner sagte an die Adresse der Handelskammer, die nach jüngsten Verkehrsprojekten Nachteile für die Innenstadt und die Abwanderung erster Logistik-Unternehmer wegen verstopfter Straßen befürchtet: „Das Weihnachtsgeschäft in der City boomt, Lkw-Megastaus gibt es schlicht nicht.“ Und: „Wer den intakten Standort Bremen trotzdem permanent schlechtredet, muss sich nicht wundern, wenn die Verbraucher das irgendwann glauben und tatsächlich wegbleiben.“

Immer vor Wahlen werde den Grünen eine autofeindliche Verkehrspolitik vorgeworfen, hieß es weiter. „Verkehrspolitik mit Augenmaß zum Wohle aller Verkehrsteilnehmerinnen“ – unter diesem Titel hat die Fraktion gestern ihre Grundpositionen festgehalten. Tatsache sei aber, dass mehrere Beiräte das „Verkehrskonzept Nordost“ – mit Ampeln an der Kurfürstenallee – beschlossen hätten. Die steilen Fußgängerbrücken seien für schwächere Verkehrsteilnehmer nicht zu bewältigen.

Im Streit um die Autobahn 281 könnten nun Interessen der Logistikunternehmen und der Anwohner „unter einen Hut“ gebracht werden. Unter anderem, weil jetzt ein Planungs- und Beteiligungsprozess folge. „Abriss der Hochstraße am Breitenweg“ und „City-Maut“ seien zudem als „Denkansätze“ ins Wahlprogramm 2011 aufgenommen worden. Die Hochstraße sollte nie abgerissen werden, bevor der Autobahnring geschlossen sei. Die City-Maut werde zudem in vielen Großstädten als Beitrag zum Erhalt der Straßen geprüft.